

Schriftliche Stellungnahme

Julian Ringhof, Policy Fellow a.D., European Council on Foreign Relations

für die:

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Digitales des Deutschen Bundestags zum Thema „Internationale Digitalpolitik“ am Mittwoch, den 18. Oktober 2023, 14:30 Uhr, Marie-Elisabeth-Lüders Haus (MELH) Saal 3.101 Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1, 10117 Berlin

I. Allgemeine Überlegungen

Nach Ansicht des Sachverständigen ist es in jeglicher Hinsicht begrüßenswert und wichtig, dass die Bundesregierung derzeit erstmals und ressortübergreifend eine Strategie für Internationale Digitalpolitik erarbeitet und sich der Ausschuss für Digitales des Deutschen Bundestags am 18. Oktober 2023 spezifisch mit der internationalen Dimension von Digitalpolitik befasst.

Digitale Technologien spielen heute eine zentrale Rolle bei grundlegenden demokratischen Prozessen, sind essenziell für wirtschaftliche Entwicklung und ein Kernelement adäquater Sicherheitspolitik. Ob Meinungsbildung auf sozialen Netzwerken, intelligente industrielle Fertigung oder Resilienz kritischer Infrastrukturen: Die zugrundeliegenden digitalen Technologien haben einen kaum zu überschätzenden Einfluss auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen – in Deutschland, Europa und der Welt.

Die Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien finden dabei meist grenzüberschreitend statt. Das betrifft bei weitem nicht nur das World Wide Web, das natürlich das Paradebeispiel für eine digitale Technologie ist, die die Welt vernetzt und zutiefst prägt. Auch die technischen Standards und Normen – vereinheitlichte Funktions-, Qualitäts- und/oder Sicherheitsspezifikationen – vieler anderer, weitverbreiteter digitaler Technologien sind heute das Ergebnis von Verhandlungen in internationalen Gremien, finden global Anwendung und prägen so die gesamte Welt. Der Mobilfunkstandard 5G, Bluetooth oder Wi-Fi sind dabei nur drei weitere besonders bekannte Beispiele weltweit angewandter Technologiestandards. Und so werden derzeit etwa – größtenteils unbeachtet von der allgemeinen Öffentlichkeit – in einer Vielzahl von Organisationen etliche – teils konkurrierende – Standards für Künstliche Intelligenz (KI) [entwickelt](#), die einen enormen Einfluss darauf haben werden, wie KI in Zukunft genutzt wird. Wie und von wem technische Standards für digitale Technologien entwickelt werden und wo sie Anwendung finden, [hat](#) enorme gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Wirkmacht.

Es sind jedoch nicht nur die Technologien selbst, die grenzüberschreitend wirken. Auch gesetzgeberische und regulatorische Maßnahmen haben – insbesondere bei digitalen Technologien – häufig eine internationale Dimension. So wirkt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der EU weit über die EU hinaus. Einerseits besagt die DSGVO, dass der Datenverkehr zwischen EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten nur unter den strengen datenschutzrechtlichen Vorgaben der DSGVO gestattet ist – und somit ein hoher Datenschutzstandard auch gewährt ist, wenn etwa persönliche Daten von EU-Bürgern auf Server amerikanischer Tech-Firmen in den USA übertragen werden. Darüber hinaus wurde

der EU-Ansatz zum Datenschutz seit Inkrafttreten der Verordnung von etlichen anderen Ländern [nachgeahmt](#) und gilt heute in mancherlei Hinsicht als (demokratischer) Vorreiter für den Schutz von Privatsphäre in einer digitalen Welt.

Aufgrund dieser klaren internationalen Dimensionen digitaler Technologien sollte Digitalpolitik ohnehin stets auch international gedacht werden. Nationale und internationale Digitalpolitik sollten kohärent ineinandergreifen und strategisch und langfristig gedacht werden. Für internationale Digitalpolitik gilt das in einer Zeit geopolitischer Umbrüche mehr denn je.

Digitale Technologien wie KI und Halbleitertechnologien [stehen](#) heute im Zentrum geopolitischer Spannungen, [insbesondere](#) zwischen den USA und China mit [enormen Auswirkungen](#) für Deutschland und die EU. Die internationalen Organisationen und Strukturen, die das Funktionieren und die Weiterentwicklung des Internets gewährleisten, [geraten](#) immer mehr ins geopolitische Kreuzfeuer und eine zunehmende Zersplitterung des World Wide Webs ist zu beobachten. Selbst Standardisierungsorganisationen, die lange Zeit von Spannungen in der internationalen Politik verschont waren – und deren Funktionieren enorme Bedeutung für die Entwicklung und den weltweiten Handel von digitalen Technologien hat – werden von diesen geopolitischen Dynamiken [erfasst](#). In Anbetracht fragiler Lieferketten und zunehmender geopolitischer Spannungen [schränken](#) Staaten den globalen Handel von kritischen digitalen Technologien zunehmend ein. Staatlich gesteuerte oder geduldete Cyberattacken [nehmen](#) derweil zu. Gleichzeitig bildet sich seit einigen Jahren eine Vielzahl neuer digital-technologischer Allianzen – ob zwischen der [EU und den USA](#) oder [China und Russland](#) –, mit dem Ziel die Entwicklung, den Handel und die Regeln für digitale Technologien gemeinsam international zu prägen.

In Anbetracht der inhärenten internationalen Dimension digitaler Technologien, der neuen geopolitischen Dynamiken rund um digitale Technologien und dem zunehmenden Tempo, mit dem digitale Technologien wie KI entwickelt werden und die Welt prägen, ist es von hoher Bedeutung und Wichtigkeit, dass die Bundesregierung eine Strategie für Internationale Digitalpolitik entwickelt.

II. Antworten auf ausgewählte Fragen des durch den Ausschuss vorbereiteten Fragenkatalogs

- 1) Worauf sollte der Fokus einer deutschen Strategie für internationale Digitalpolitik liegen und wie können Deutschland und Europa hier besser aufgestellt werden?**
- 2) Welche Rolle sollte Deutschlands internationale Digitalpolitik in der Europäischen Union einnehmen?**
- 4) Für welche konkreten Maßnahmen sollten finanziellen Mittel für eine internationale Digitalpolitik verwendet werden?**
- 12) Wie kann die Bundesregierung die operative Umsetzung einer Strategie für internationale Digitalpolitik in der Praxis auch gewährleisten (Bitte um Nennung spezifischer Instrumente/Methoden)?**

Die Strategie der Bundesregierung für internationale Digitalpolitik sollte bestehende Strategien – wie die Digitalstrategie, die Nationale Sicherheitsstrategie und die China-Strategie – hinsichtlich der internationalen Dimension digitaler Technologien ergänzen und verknüpfen. Sie sollte die Basis und den Rahmen schaffen für einen anhaltenden und dynamischen strategischen Prozess, der das Handeln aller relevanten Ministerien – inklusive des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, des Bundesministeriums für Wirtschaft

und Klimaschutz und des Auswärtigen Amtes – sowie des Kanzleramts in diesem Bereich dauerhaft koordiniert und leitet. Die Strategie sollte auf Basis einer umfassenden Analyse der oben angedeuteten Dynamiken neue Prozesse und Strukturen etablieren, Prioritäten festlegen und zusätzliche Ressourcen aktivieren, mithilfe derer die Bundesregierung deutsche und europäische Interessen international effizienter und effektiver vertreten und verteidigen kann.

Von hoher Bedeutung ist dabei nicht nur eine verbesserte Koordination und das Ausschöpfen von Synergien innerhalb der Bundesregierung und zwischen den betroffenen Ministerien, sondern insbesondere innerhalb der EU. Denn viele der zentralen Felder internationaler Digitalpolitik fallen in die ausschließliche oder geteilte Zuständigkeit der EU – wie etwa die Handelspolitik, digitalpolitische Gesetzesvorhaben oder technische Standardisierung. Entsprechend sollte sich die Bundesregierung für neue Strukturen und Mittel innerhalb der EU einsetzen, bestehende EU-Initiativen – wie das [EU-US Trade and Technology Council](#) (TTC) oder [Global Gateway](#) – politisch und finanziell umfassend unterstützen und neue europäische Ansätze und Projekte im Bereich internationale Digitalpolitik initiieren.

Das thematische Handlungsfeld, das die Strategie abdecken sollte, ist breit, kann jedoch grob entlang [dreier Dimensionen](#) strukturiert werden: einer wertepolitischen Dimension, einer wirtschaftspolitischen Dimension und einer sicherheitspolitischen Dimension.

Die Bundesregierung sollte demnach vermehrt international für die Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien entlang demokratischer, liberaler Werte eintreten und sich für die Einhaltung und Förderung von Menschenrechten im digitalen Raum starkmachen. Sie sollte sich für die Stabilisierung bzw. Weiterentwicklung einer regelbasierten technologischen Ordnung und für den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit bei digitalpolitischen Themen einsetzen. Die Bundesregierung sollte Deutschlands und Europas Wohlstand durch eine resiliente Digitalwirtschaft sichern und zu einer nachhaltigen und inklusiven digitalen Entwicklung weltweit – insbesondere in Ländern des sogenannten globalen Südens – beitragen. Und sie sollte Anstrengungen unternehmen, Deutschlands, Europas und die globale Sicherheit im digitalen Zeitalter und Raum zu erhöhen.

Zu den digitalpolitischen Themen, die im Rahmen der Strategieentwicklung und -umsetzung entlang der drei genannten Dimensionen mit hoher Priorität adressiert werden sollten, gehören nach Auffassung des Sachverständigen unter anderem: der Ausbau bilateraler und multilateraler Kooperationen für menschenzentrierte digitale Gesetzgebung – z.B. in den Bereichen KI und digitale Plattformen (wertepolitische Dimension); die Sicherung des Zugangs zu kritischen digitalen Technologien durch handelspolitische Maßnahmen sowie die Ausweitung internationaler Forschungsk Kooperationen mit gleichgesinnten Ländern (wirtschaftspolitische Dimension); der Ausbau digitaler Entwicklungszusammenarbeit und digitalpolitischer Dialoge mit strategisch wichtigen Ländern (wirtschaftspolitische Dimension); erweiterte und koordinierte deutsche und europäische Beteiligung bei internationaler technischer Standardisierung (wirtschaftspolitische Dimension); die Sicherung und Weiterentwicklung der internationalen Organisationen und Strukturen für Internet Governance (wertepolitische Dimension); die Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen in Deutschland, Europa und strategisch wichtigen Drittländern (sicherheitspolitische Dimension); die Sicherung des deutschen, europäischen und globalen Cyberraums (sicherheitspolitische Dimension).

Jedes der genannten Themenfelder ist in sich komplex und einfache Lösungen, damit Deutschland im jeweiligen Gebiet auf Anhieb und dauerhaft besser aufgestellt ist, gibt es nicht. Klar ist auch, dass die Mittel begrenzt sind und mit einem großen zusätzlichen Budget für internationale Digitalpolitik nicht zu rechnen ist. Deshalb sollte es zunächst das vorrangige

Ziel sein, mithilfe umfassender Analysen die richtigen Prioritäten zu definieren und Kooperationen und Synergien möglichst auszuschöpfen.

Das bedeutet, dass die technologische und digitalpolitische Expertise in deutschen Ministerien dringend ausgebaut werden muss. Dies gilt insbesondere für das BMDV, BMWK und das AA. Auch in den deutschen Botschaften und Delegationen in strategisch wichtigen Ländern bzw. Internationalen Organisationen sollten digitalpolitische und technologische Kompetenzen ausgebaut werden. Die Notwendigkeit größerer Kompetenzen und Kapazitäten in diesen Bereichen sollte zudem bei politischen und gesetzlichen Vorhaben vermehrt mitgedacht werden, wie das z.B. in den USA beim [Chips and Science Act](#) zur Subventionierung amerikanischer Chipproduktion der Fall ist.

Zugleich sollte nicht nur die Koordination in und zwischen den Ministerien, sondern vor allem auch die Zusammenarbeit innerhalb der EU in diesem Bereich ausgebaut werden. Im Vergleich zu anderen Politikfeldern ist die Digitalpolitik ein Feld, bei dem die Interessen der EU-Mitgliedstaaten häufig nahe beisammen liegen und so in den letzten Jahren verhältnismäßig problemlos etliche politische Durchbrüche errungen werden konnten, wie z.B. mit dem [Digital Services Act](#) (DSA), dem [Digital Markets Act](#) (DMA), oder dem [Data Act](#) – allesamt Digitalgesetze mit einer wichtigen internationalen Dimension. Außerdem gibt es in diesem Bereich bereits diverse gemeinsame Beschlüsse des Rates der EU-Außenminister – wie z.B. die Ratsbeschlüsse zu EU Digital Diplomacy von [2022](#) und [2023](#) –, um die internationale Digitalpolitik der EU besser aufzustellen und zu koordinieren.

Die Strategie der Bundesregierung sollte auf diesen Beschlüssen aufbauen und konkrete Vorschläge machen, wie diese umgesetzt und erweitert werden können. Um nur ein Beispiel zu nennen, könnten sich die Mitgliedstaaten bei den unendlich vielen und unendlich zähen Verhandlungen zu technischer Standardisierung bei der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) besser koordinieren bzw. Aufgaben verteilen.

Deutschland sollte zudem dafür eintreten, das Mandat des EU-US TTC zu verlängern und ggf. zu erweitern (zumindest, wenn sich die politischen Verhältnisse in den USA 2024 nicht grundlegend verändern). Auch andere digitale Partnerschaften der EU, wie z.B. mit [Japan](#), [Süd-Korea](#) und [Indien](#), sollte die Bundesregierung zusätzlich unterstützen.

Außerdem sollte sich Deutschland bei der Global Gateway Initiative für ein umfassenderes und besser koordiniertes EU-Vorgehen einsetzen. Die digitale Komponente von Entwicklungszusammenarbeit wird immer wichtiger, da wirtschaftliche Entwicklung mehr denn je von digitalen Technologien und Infrastrukturen abhängt. Und angesichts des – auch dank weitreichender Investitionen in digitale Infrastrukturen – über Jahre zunehmenden politischen Einflusses Chinas insbesondere in [Afrika](#) und [Lateinamerika](#) müssen sich die EU und Deutschland aus außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen vermehrt und mit zusätzlichen Ressourcen im Bereich digitaler Entwicklungszusammenarbeit in diesen Regionen engagieren. Das BMZ bzw. die GIZ – das wurde dem Sachverständigen mehrfach von anderen Mitgliedstaaten und Beamten der Kommission bestätigt – nimmt hier bereits jetzt eine Vorreiterrolle ein. Jedoch mangelt es, so heißt es auch, bei der Auswahl und Umsetzung deutscher Vorhaben gelegentlich an der Koordination mit der Kommission und anderen Mitgliedsstaaten. Die Vorhaben der GIZ sollten mit den Projekten der Kommission und anderer Mitgliedstaaten besser abgestimmt werden, um gemeinsame europäische Ziele effizienter zu erreichen. Das Ziel für Deutschland sollte es hinsichtlich Global Gateway also sein, nicht nur voranzuschreiten, sondern koordiniert und koordinierend voranzuschreiten.

Insbesondere aufgrund der menschenzentrierten und vorausschreitenden gesetzlichen Steuerung digitaler Technologien hat die EU global eine enorme Wirkmacht entwickelt. Das

internationale Interesse an den europäischen Ansätzen, digitale Technologien im Interesse der Gesellschaft zu steuern, ist enorm. Das zeigt sich aktuell ganz besonders bei den Verhandlungen zum Gesetz für KI ist aber auch beim Digital Services Act (DSA) und DMA Act der Fall. Diese Vorreiterrolle sollte Deutschland und die EU nutzen und sowohl bilateral als auch multilateral vermehrt mit anderen Staaten in Austausch treten und für die europäischen Ansätzen werben.

3) Inwiefern beeinflusst eine zunehmend multipolare Weltordnung die Arbeit der traditionellen Institutionen in der Internet Governance und welche Folgen hat das für das offene und freie Netz und den Zugang dazu oder den Schutz der Menschenrechte und der Kommunikationsfreiheiten? Inwiefern wird auch mit unlauteren Methoden versucht, die internationale Normierungs- und Standardisierungsgremien geopolitisch unterwandern, etwa zur technischen Durchsetzung bestimmter Wertvorstellungen oder zur Marktabschottung? Was sollte daraus für die deutsche und europäische Strategie internationaler Digitalpolitik folgen?

Wie im vorherigen Abschnitt bereits angedeutet, beeinflussen die zunehmenden geopolitischen Spannungen und das Herausbilden einer multipolaren Weltordnung – in der neben den führenden Großmächten USA und China vor allem die EU, Indien, Russland, Saudi-Arabien und Brasilien einflussreiche Rolle einnehmen – auch die Arbeit internationaler Organisationen, die sich digitalen Technologien widmen. Das gilt für die [internationalen Organisationen der Internet Governance](#) wie ICANN, für [internationale Standardisierungsorganisationen](#) wie die ITU, aber auch für die großen klassischen internationalen Organisationen und Foren wie die [Vereinten Nationen](#) und die [G7](#).

Auf dem Spiel steht, dass aufgrund dieser Spannungen der weitestgehend globale digitale bzw. technologische Raum zersplittert. Auch wenn beispielsweise das Internet auf [fundamentaler technischer Ebene](#) weiterhin globaler Natur ist, schränken insbesondere autoritäre Staaten die eigene Vernetzung mit der Welt immer mehr ein, auf Kosten von Menschenrechten wie der Meinungsfreiheit und des freien Zugangs zu Informationen. Gleichzeitig sind einige dieser Länder – allen voran China und Russland, aber auch Saudi-Arabien – bestrebt, die internationalen Strukturen des Internets zugunsten größerer staatlicher Kontrolle und Überwachung zu verändern. Zum einen exportieren diese Länder, insbesondere China, eigene Technologien und Vorgehensweisen zur Kontrolle des Internets [umfangreich](#) in andere Staaten. Zum anderen überhäufen sie internationale Organisationen, wie die ITU, geradezu mit Initiativen, um dem globalen Netz einen autoritären Stempel aufzudrücken.

Aus verschiedenen Gründen halten diese Organisationen und die grundlegenden technischen Strukturen des Internets diesen Versuchen größtenteils [stand](#). Doch Deutschland und die EU sollten ihre Bemühungen, das globale offene Internet und die Internet Governance-Organisationen zu schützen und weiterzuentwickeln, ausbauen und dabei Länder des sogenannten globalen Südens unterstützen, ihren Stimmen bei Fragen der internationalen Internet Governance mehr Gehör zu verschaffen. Auch wenn das Internet und viele Internetdienste, wie soziale Plattformen, auch für die Demokratie etliche Probleme mit sich bringen, bleibt das Internet in vielen nicht-demokratischen Staaten einer der wenigen Räume für freie Meinungsäußerung und das Organisieren zivilgesellschaftlichen Engagements. Das gilt es für Deutschland und die EU auf internationaler Bühne gezielter und mit größerem Einsatz zu schützen. In dieser Hinsicht ist die diesjährige Initiative des AAs, das Büro des UN Tech Envoys und die Vorbereitungen der Verhandlungen des [Global Digital Compact](#) durch

regionale Konsultationen in Afrika, Amerika und Asien zu unterstützen, ein positiv hervorzuhebender Ansatz, dem nun weitere deutsche und europäische Initiativen in dieser Richtung folgen sollten.

Auch die internationale technische Standardisierung ist seit einigen Jahren ein Schauplatz technologischer Machtkämpfe geworden – insbesondere aufgrund Chinas Aufstieg als Technologiemacht und des daraus logisch folgenden größeren Einflusses bei den Prozessen und in den Organisationen zur Standardentwicklung. Führerschaft bei technischer Standardisierung ist dabei ein recht präziser Gradmesser für Innovations- und Wirtschaftskraft von Unternehmen und Staaten und zugleich ein wichtiger Vektor, um den eigenen globalen technologischen Einfluss weiter auszubauen. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung haben technische Standards auch wichtige ethische und sicherheitsrelevante Dimensionen. Denn das Prägen von Standards bedeutet nicht nur zusätzliche Einnahmen dank standardessentieller Patente und eine gute Voraussetzung, ganze technologische Ökosysteme zu prägen, sondern – zumindest bei bestimmten Technologien wie der KI – auch das Überführen von ethischen Prinzipien und/oder Sicherheitsabwägungen in technische Designs oder Prozesse.

Es ist daher wenig überraschend, dass insbesondere die USA den zunehmenden Einfluss Chinas bei technischen Standards kritisch betrachten. Auch die Europäische Kommission beäugt die neuen geopolitischen Dynamiken bei technischer Standardisierung inzwischen mit Sorge. Doch auch wenn China in manchen Bereichen und Organisationen der technischen Standardisierung inzwischen führt und Vorwürfe im Raum stehen, China gehe mit unlauteren Mitteln vor, ist die Lage komplex und überhastetes staatliches Eingreifen auf westlich-demokratischer Seite zu vermeiden. Erstens steht China der westlich-demokratischen Führerschaft in der Breite – Deutschland nimmt in vielen Technologiebereichen weiterhin führende Rollen ein – immer noch nach. Und zweitens verhindern die Governance-Strukturen und Prozesse der wichtigsten Standardisierungsorganisationen mögliche Manipulationen im Großen und Ganzen.

Dennoch ist klar, dass Chinas Einfluss bei technischen Standards dank der Innovations- und Wirtschaftskraft chinesischer Unternehmen und der staatlichen strategischen Unterstützung weiter zunehmen wird. Anstatt sich dem chinesischen Einfluss generell zu widersetzen und damit eine Fragmentierung des internationalen Standardisierungssystems zu riskieren, sollten Deutschland und die EU die Standardisierungsprozesse in kritischen Technologiebereichen und die Governance-Strukturen in wichtigen SDOs genau unter die Lupe nehmen. Dann gilt es ein gutes Gleichgewicht zu finden, zwischen größerem staatlichen Eingreifen – Standardisierungsprozesse werden zum Großteil von der Industrie vorangetrieben –, um den Herausforderungen, die sich aus Chinas strategischem und zuweilen aggressivem Engagement ergeben, und der Vermeidung einer übermäßigen Politisierung – oder Geopolitisierung – der internationalen technischen Standardisierung, die immer noch überwiegend zum Vorteil der westlichen Volkswirtschaften und des internationalen Handels funktioniert. Eine Fragmentierung des internationalen Standardisierungssystems wäre insbesondere für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft höchst schädlich.

Im Rahmen der Strategie für Internationale Digitalpolitik sollte die Bundesregierung deshalb Standardisierungsorganisationen und -prozesse entsprechend der Kritikalität für Deutschland und Europa priorisieren. Diese sollten dann in engem Austausch mit Wirtschaft und Wissenschaft durch eine größere deutsche Beteiligung verfolgt und analysiert werden, damit effektive und effiziente staatliche Maßnahmen – wie dezidierte Förderung der Industrie –

ergriffen werden können, um Deutschlands führende Rolle bei der technischen Standardisierung dauerhaft zu verteidigen.

In dieser Hinsicht sind das vom BMWK Anfang des Jahres aufgesetzte [Deutsche Strategieforum für Standardisierung](#) sowie das ebenfalls seit diesem Jahr aktive [High-Level Forum on European Standardisation](#) der Europäischen Kommission gute erste Schritte, die nun durch ausreichende Ressourcen und komplementäre Maßnahmen gestärkt werden sollten.

6) In der Vergangenheit wurde vielfach gefordert, die EU solle bei der Regulierung ihres digitalen Ökosystems einen „dritten Weg“ verfolgen – in bewusster Abgrenzung zu chinesischem Techno-Autoritarismus und US-Digitalwirtschaft. Betrachten Sie diesen Ansatz, in Anbetracht der Zeitenwende und mit ihr einhergehenden Aufforderungen zur stärkeren digitalpolitischen Zusammenarbeit und Verflechtung mit den USA und anderen liberal-demokratischen Partnern, als überholt?

Nein, dieser Ansatz ist aus vielerlei Gründen in keinem Fall überholt, auch wenn – oder gerade weil – eine stärkere digitalpolitische Zusammenarbeit und Verflechtung mit den USA und anderen liberal-demokratischen Partnern absolut begrüßenswert ist.

Auch wenn es zutrifft, dass die USA etwa bei der Regulierung digitaler Technologien deutlich zurückhaltender sind, und vermehrt auf freiwillige Standards setzen, gibt es etliche Bereiche der Zusammenarbeit, bei denen es beiden Seiten möglich bleibt unterschiedliche – den jeweils eigenen politischen und institutionellen Umständen gerecht werdend – digitalpolitische Ansätze zu wählen. Dabei können beide Seiten oftmals von den Herangehensweisen bzw. den “Best Practices” der anderen Seite lernen und profitieren, ohne den eigenen Weg gänzlich aufzugeben. Dies wird insbesondere bei der Zusammenarbeit im TTC deutlich. Ein gutes Beispiel ist hier die Regulierung von Online-Plattformen.

So erhofft sich die Biden-Regierung durchaus, dass die EU-Regulierung von Online-Plattformen im Rahmen des Digital Services Act auch dazu beiträgt, Probleme auf sozialen Medien – wie die Verbreitung von Desinformationen und illegaler Inhalte – auch in den USA und anderen Weltregionen besser einzuhegen. Denn aufgrund des enormen Dissens zwischen den Demokraten und Republikanern scheitern gesetzliche Vorhaben von US-Kongressabgeordneten zur Bekämpfung dieser Probleme seit Jahren kläglich. Und so können die USA, auch dank der Zusammenarbeit im TTC, von verschiedenen gesetzlichen Vorgaben im DSA – wie der [Transparency Database](#) oder dem Zugang zu Daten und Algorithmen der Plattformen für Forschende – durchaus profitieren.

Auch bei der technischen Standardisierung können beide Seiten, trotz grundsätzlich unterschiedlicher Standardisierungsökosysteme und -ansätze, von der transatlantischen Kooperation profitieren. Denn wenn auf fundamentaler Ebene, wie bei der [Terminologie und Methodologie zur Standardisierung von KI](#), Einigungen erzielt werden, hilft dies, Handelsbarrieren zwischen den USA und Europa zu minimieren und gemeinsame Positionen international zu stärken, ohne dass beide Seiten den, ebenfalls oft politisch-institutionell bedingten, unterschiedlichen Ansatz vollends aufgeben müssen.

Entsprechend sollte sich Deutschland weiterhin dafür einsetzen, dass die EU auch den eigenen menschenzentrierten Ansatz der Regulierung digitaler Technologien verfolgt und

gleichzeitig das Kooperationspotential mit den USA und anderen liberal-demokratischen Partnern in diesem Bereich voll ausschöpft.